

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 96 846 ppbn d

## Inhalt

Hans-Jochen Vogel MdA,  
Mitglied des SPD-Präsi-  
diums, erinnert an den  
zehnten Jahrestag der  
Unterzeichnung des Vier-  
Mächte-Abkommens: Für  
Berlin Großes erreicht.  
Seite 1

Friedel Läßle MdL unter-  
breitet Vorschläge zur  
Kostendämpfung im Gesund-  
heitswesen: Den richtigen  
Ansatz wählen.  
Seite 3

Peter Conradi MdB unter-  
sucht die Berufsgruppen-  
statistik des 9. Deut-  
schen Bundestages: Zu  
viele Journalisten?  
Seite 4

Claus Arndt berichtet von  
der vierten Armand-Hammer-  
Konferenz: Friede unter  
Menschenrechte.  
Seite 5

Herausgeber und Vorleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 165 / 1. September 1981

Für Berlin Großes erreicht

Vor zehn Jahren wurde das Vier-Mächte-Abkommen unterzeichnet

Von Dr. Hans Jochen Vogel MdA  
Vorsitzender der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von  
Berlin und Mitglied des Präsidiums

Der 3. September 1971 gehört zu den Daten unseres Jahr-  
hunderts, die das Schicksal Berlins in besonderer Weise  
bestimmt haben. Das Vier-Mächte-Abkommen, das an diesem Tage  
unterzeichnet wurde, hat die Grundlagen für die Existenz  
und die Entwicklung unserer Stadt gesichert und fühlbar ver-  
bessert. Das gilt für die Situation der Zugangswege, das  
gilt für die menschlichen Kontakte über die Mauer hinweg und  
das gilt auch für die Beziehungen Berlins zum Bund. Gewiß:  
Noch immer ist Berlin weit vom Zustand der Normalität ent-  
fernt. Noch immer leidet Berlin wie keine andere Stadt unter  
den Folgen eines Krieges, den ein fluchwürdiges Regime ins  
Werk gesetzt hat. Und noch immer belasten empfindliche  
Rückschläge - wie die Erhöhung des Zwangsumtausches - das  
angestrebte Verhältnis eines geordneten Nebeneinander  
zweier deutscher Staaten.

Aber: Seit dem 3. September 1971 ist Berlin nicht mehr der  
Gegenstand sich aufeinanderfolgender Spannungen und Ultima-  
ten. Seit diesem Tag ist das Leben in Berlin menschlicher  
und hoffnungsvoller geworden. Und selbst internationale Kri-  
sen schlagen seitdem nicht mehr aufotamisch auf Berlin durch.

Berlin hat deshalb Anlaß, denen zu danken, die das Vier-  
Mächte-Abkommen möglich gemacht haben. Das sind zunächst die  
vier vortragsschließenden Mächte, insbesondere die drei  
westlichen Schutzmächte und Verbündeten, ohne deren Ver-  
ständnis und Mitwirkung die Deutschland- und Berlinpolitik  
nicht zu Beginn der 70er Jahre auf eine neue Grundlage hät-



te gestellt werden können. Das ist vor allem Willy Brandt, der frühere Regierender Bürgermeister von Berlin, der diese Deutschland- und Berlinpolitik konzipiert und an der Spitze einer sozial-liberalen Koalition in die Tat umgesetzt hat.

Die beharrliche Politik der schrittweisen Milderung der Teilung unserer Stadt ist nicht von Bonn, sie ist von Berlin ausgegangen. Unter dem Eindruck dessen, was im August 1961 geschah und unter dem Eindruck dessen, was damals unterblieb, ist hier in Berlin eine Konzeption entwickelt worden, die schließlich aus der Sackgasse herausgeführt hat, in die die offizielle Bonner Politik in ihrer ängstlichen Unbeweglichkeit in den 60er Jahren geraten war. Sozialdemokraten haben mit Unterstützung der Liberalen dieser Politik gegen hartnäckigen Widerstand und jahrelange Angriffe gerade auch der Berliner CDU den Weg gebahnt. Die Gegner dieser Politik hielten und halten teilweise heute noch Emotionen, perspektivloses Pathos und schrille Lautstärke für eine Politik, die geeignet ist, die deutsche Frage zu lösen. Allein mit den Polemiken des heutigen Berlinermeisters Heinrich Lummer ließen sich viele Seiten füllen. Richard von Weizsäcker hat in seiner Regierungserklärung vom 2. Juli 1981 und in seiner Rede zum 13. August den Eindruck vermittelt, daß seine Partei inzwischen in diesem Punkt zur Umkehr und zum Einlenken bereit sei. Das verdient Aufmerksamkeit und - im Interesse Berlins Unterstützung.

Die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition war gerade für Berlin besonders erfolgreich. Auch wenn es Rückschläge gegeben hat und geben wird. Solche Rückschläge sind auch ein Anzeichen dafür, daß die andere Seite bestimmte Auswirkungen der Vertragspolitik von ihrem Standpunkt aus - zu Recht oder zu Unrecht - für gefährlich, für systemverändernd erachtet. Solche Rückschläge sind kein Zeichen von Schwäche, sondern sie bestätigen die Kraft unserer Politik. Wir haben für Berlin Großes erreicht, niemand hätte 1961 das Maß an Kontakten, an Begegnungen, an Reisemöglichkeiten und die Sicherheit der Zugangswege für möglich gehalten, wie sie durch die Vereinbarung von 1971 geschaffen worden sind. Und niemand hätte auch erwartet, daß in Zeiten internationaler Spannungen die Lage in und um Berlin ruhiger ist als an vielen anderen Orten dieser Welt.

Wie dem auch sei, am 10. Jahrestag des 3. September 1971 steht in jedem Falle fest: Zur Politik des Vier-Mächte-Abkommens gibt es keine Alternative.

(-/1.9.1981/bgy/ca)

+ + +



Den richtigen Ansatz wählen  
-----

## Vorschläge zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen

Von Friedel Läßle MdL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion im Landtag des Saarlandes

Die Pläne Bundesarbeitsministers Ehrenberg zur Kosteneindämmung im Gesundheitswesen werden erfolglos bleiben, da sie von einem falschen Ansatz ausgehen und die entscheidenden Bereiche aussparen. Notwendig wäre zunächst einmal eine sofortige Festschreibung der Beitragssätze zu den Kassen der gesetzlichen Krankenversicherung und die damit verbundene Plafondierung der Leistungsausgaben. Damit würde in den einzelnen Bereichen des Gesundheitswesens, beim Krankenhaus, der Arzneimittelversorgung, den Versicherten selber, der ambulanten ärztlichen Versorgung und der gesetzlichen Krankenversicherung der notwendige Druck ausgeübt, die Maßnahmen zu ergreifen, medizinische Leistungen kostengünstiger zu erbringen.

Dazu sollte Paragraph 385 der Reichsversicherungsordnung (RVO) geändert werden, der heute noch in Absatz 1 bestimmt: "Die Beiträge sind so zu bemessen, daß sie...für die zulässigen Ausgaben der Kassen ausreichen." Eine solche Formulierung förderte die heutige Selbstbedienungsmentalität. Bereits im April 1976 haben der Bundesvorstand des DGB und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber gemeinsam dafür plädiert, die Beitragssätze einige Jahre festzuschreiben. Geschehen ist nichts. Selbst beim Festschreiben der Beitragssätze steigen ja die Einnahmen der Krankenkassen durch Lohnerhöhungen und die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze.

Durchaus positiv zu bewerten ist der Vorschlag des Bundesarbeitsministers, zur Dämpfung der Kosten im Arzneimittelbereich eine Positivliste zu erstellen. Eine solche Positivliste wird aber nur Erfolge bringen, wenn überteuerte Medikamente nicht aufgenommen und an ihre Stelle gleich wirksame und gleich verträgliche Medikamente, die wesentlich billiger angeboten werden, Aufnahme finden. Eine Positivliste mit etwa 200 bis 300 Medikamenten der fast 50.000, die unüberschaubar angeboten werden, würde ganz entscheidend Kosten sparen helfen, wenn darüber hinausgehende Verordnungen einer schriftlichen Begründung bedürften. Da jeder Pharma-Hersteller bemüht wäre, seine Erzeugnisse in die Positivliste aufnehmen zu lassen, wäre bei den notwendigen Gesprächen erstmals die Chance gegeben, auf häufig überteuerte Arzneimittelpreise unmittelbar Einfluß zu nehmen.

Im Bereich der ambulanten ärztlichen Versorgung muß das Ausweichen in die Technik durch eine entsprechende Veränderung der Gebührenordnung weniger lukrativ gemacht werden. Verbessert werden sollten jedoch die Gebühren für die eigentlich ärztliche Leistung der Beratung und Untersuchung. Insgesamt würden erhebliche Kosten gespart.

Völlig unzureichend ist es, wenn Ärzte-Organisationen bereit sind, zur Zeit keine Honorarerhöhungen zu fordern, gleichzeitig jedoch die Möglichkeit behalten, durch die Flucht in die Mehrfachleistung ihr privates Einkommen auch ohne Honorarerhöhung fast unbeschränkt zu steigern. Ehrenberg müßte die Ärzte verpflichten, den Patienten gegenüber die Liquidation aller Leistungen bei den Kassen unter Angabe der jeweiligen Honorarhöhe offenzulegen. Daß auch dadurch Kosten gespart werden, davon gehen viele Beobachter aus.

Sicher ist der Ansatz von Ehrenberg, auch bei den Kuren zu sparen, richtig. Häufig wird in diesem Bereich kostentreibend Mißbrauch getrieben. Kuren sollen zur Wiederherstellung und zur Erhaltung der Gesundheit beitragen. Sie werden ärztlich verordnet. Wenn in diesem Bereich Mißbrauch getrieben wird, dann doch wohl durch die, die sie verordnen. Und das sind ausschließlich die Ärzte. Verantwortliches Verhalten der Ärzte vorausgesetzt, bringt die verlängerte Zeitspanne zwischen zwei Kuren eine Verschlechterung der Gesundheitssicherung mit sich, die nicht hingenommen werden kann.

Sicher kann auch beim Zahnersatz gespart werden; aber doch nur durch eine Gebührenänderung und nicht durch eine Erhöhung der Selbstbeteiligung. Der Vorschlag von Ehrenberg führt - falls er erfolgreich sein soll - dazu, daß man in Zukunft den Bürgern ihre Einkommensverhältnisse im Gesicht ablesen kann. Der Arbeitnehmer mit geringem Einkommen wird nicht in der Lage sein, 40 Prozent der heute üblichen Kosten eines gesundheitspolitisch notwendigen Zahnersatzes selber zu zahlen (-/1.9 1981/ks/va-ho/ea)

### Zuviele Journalisten im Bundestag ?

-----  
Die Berufsgruppenstatistik des 9. Deutschen Bundestages wirft Fragen auf

Von Peter Conradi MdB

Zu den beliebtesten Themen deutscher Journalisten gehört die Klage über das Beamten-Parlament. Inzwischen liegt die detaillierte Berufsgruppen-Übersicht des 9. Deutschen Bundestages (Stand Mai 1981) vor. Vergleicht man sie mit der Berufsgruppenstatistik der rund 26 Millionen Erwerbstätigen, dann ergeben sich interessante Aspekte.

Es stimmt: Der öffentliche Dienst ist im Bundestag überrepräsentiert. Von 519 Abgeordneten kommen 173 Beamte und 34 Angestellte aus dem öffentlichen Dienst; das sind 39,9 Prozent. Von den 26 Millionen Erwerbstätigen sind aber nur rund 4,4 Millionen, also 16,9 Prozent im öffentlichen Dienst.

Daß die Arbeiter im Bundestag mit 2,3 Prozent krass unterrepräsentiert sind, - unter den Erwerbstätigen beträgt ihr Anteil 42,3 Prozent - ist bekannt. Ganz zu schweigen von den 1,5 Prozent Hausfrauen unter den Abgeordneten.

Andere Berufsgruppen jedoch werden in der Presse kaum erwähnt. Die Land- und Forstwirte sind mit 6,7 Prozent der Abgeordneten gegenüber 5,8 Prozent bei den Erwerbstätigen gut vertreten. Die Rechtsanwälte und Notare stellen 0,14 Prozent der Erwerbstätigen, jedoch das 75-fache, nämlich 10,6 Prozent der Abgeordneten. Die Journalisten und Schriftsteller sind unter den Erwerbstätigen mit 0,12 Prozent, unter den Bundestagsabgeordneten mit 5,8 Prozent, dem 50-fachen vertreten. Daß die Selbständigen mit 14,1 Prozent und die Freiberufler mit 12,1 Prozent deutlich überrepräsentiert, die Arbeitnehmer insgesamt unterrepräsentiert sind, wird in der deutschen Presse selten erwähnt.

Der Bundestag ist kein Ständeparlament, in dem die Berufsgruppen anteilig vertreten sein sollen, insoweit ist die Über- oder Unterrepräsentation einer Berufsgruppe relativ unerheblich und der ständige Hinweis auf die Beamten im Parlament, die sich dort angeblich selbst bedienen, nicht sehr sachlich.

Wichtiger wäre die Frage, wie sich die berufliche Herkunft der Abgeordneten auf die Leistungsfähigkeit des Parlaments auswirkt. Das große Gewicht der Abgeordneten aus den Organisationsberufen trägt sicher zur Bürokratisierung des Parlaments bei. Der Unterschied zwischen den Bürokraten des öffentlichen Dienstes, der großen Unternehmen, der Verbände, Parteien und Gewerkschaften ist nicht groß, und es liegt nahe, daß die Abgeordneten aus diesen Bereichen ihren Arbeitsstil und ihre Denkmuster in die parlamentarische Arbeit einbringen. Das gilt auch für die überrepräsentierten Juristen -, die unabhängig davon, ob sie aus dem öffentlichen Dienst, aus einem Verband oder aus einer Anwaltskanzlei kommen, ihr juristisches Denken einbringen.

Dagegen gibt es erschreckend wenig Ingenieure und Naturwissenschaftler unter den Parlamentariern. Diese Berufsgruppen beeinflussen wichtige Bereiche unseres Lebens; sie wären für die Politik, nicht zuletzt für die Gesetzgebung von größter Bedeutung, würden sie ihre Erfahrungen, ihr Fachwissen und ihren Arbeitsstil in das Parlament einbringen. Da sähe manches Gesetz anders aus! Statt die Abgeordneten aus dem öffentlichen Dienst zum "parlamentarischen Prügelknaben vom Dienst" zu machen, wäre es lohnender, das administrativ-juristische Übergewicht im Bundestag zu kritisieren und Ingenieure wie Naturwissenschaftler zu ermutigen, sich politisch zu engagieren.

(~/1.9.1981 /hl/ca)



Friede und Menschenrechte

Zur vierten Armand-Hammer-Konferenz in Aix en Provence

Von Dr. Claus Arndt, Hamburg

Am 23. August ging in Aix (Provence) die vierte Armand-Hammer-Konferenz "Friede und Menschenrechte" zu Ende. Gleichartige Veranstaltungen hatten in den Vorjahren bereits in Oslo, Campobello (Kanada) und Warschau stattgefunden. Sie dienten jeweils als ein nichtoffizielles Forum intensiver Gespräche, an denen Persönlichkeiten aus den Ländern des Westens, des Ostens und der Dritten Welt sich mit der im Thema vorgegebenen Problematik beschäftigten.

Dabei kam und kommt es weniger auf die "Ergebnisse" dieser Konferenz an als auf die Tatsache, daß sich auf die Initiative des amerikanischen Ölmillionärs Armand Hammer hier ein Forum gebildet hat, auf dem jenseits von Protokoll und offizieller Repräsentation Diskussionen und Kontakte über die sonst zwischen Ost und West und Nord und Süd gezogenen Grenzen hinweg möglich sind. Gespräche, die nicht in den Fallstricken von Diplomatie und Machtpolitik hängen bleiben müssen.

Die Leitung der Gespräche durch den österreichischen Außenminister Pahr und den früheren französischen Ministerpräsidenten Edgar Faure sowie die Teilnahme zweier Friedensnobelpreisträger oder so einflußreicher Persönlichkeiten wie des US-Senators Randolph, des langjährigen Kongreßabgeordneten James Roosevelt (Sohn Franklin D. Roosevelts) oder Richard Schifters aus der Washingtoner Anwaltskanzlei, der auch Skriver (US-Friedenskorps) und Kampelman (US-Chefdelegierter bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid) angehören, sowie des völkerrechtlichen Chefberaters der Sowjetregierung, Professor Tunkin (Moskau), - um nur ein paar Beispiele zu nennen - ermöglichten Gespräche und Kontakte, die es auf offizieller Ebene zur Zeit viel zu wenig gibt.

So brauchte man ohne diplomatische Rücksichten weder die Rüstungen in Ost und West noch Afghanistan, Kambodscha, Nicaragua, Polen oder Großmachtrivalitäten in Afrika auszusparen. Immer wieder wurde der Brandt-Bericht zur Nord-Süd-Problematik zitiert und mit ebenso großen Hoffnungen verbunden, wie man sie vielfach auf den zu erwartenden Palme-Bericht über Abrüstungsfragen setzte.

Diese Gespräche und Kontakte waren zweifellos das politisch Wichtigste an der Konferenz, konnten sie doch helfen, Signale und Informationen unter einflußreichen Persönlichkeiten der Staaten - insbesondere der beiden Weltmächte USA und Sowjetunion - aus-



zutauschen. Man sollte aber auch die praktischen Vorschläge und Diskussionen nicht unterschätzen, die sich naturgemäß näher am offiziellen Thema der Konferenz orientierten als die Kontakte.

Viel Unterstützung - wenn auch weniger Gegenliebe bei Teilnehmern aus autoritär oder diktatorisch regierten Staaten - fand der Vorschlag, bei der UNO ein "Corps der blauen Mützen" einzurichten, das - ausgestattet mit diplomatischen Vorrechten - als kritischer Beobachter freien Zutritt zu politischen Prozessen in aller Welt haben soll. Unter Anspielung auf die blauen Helme der UNO-Soldaten in Palästina und anderswo soll dieses Korps aus Juristen überall auf der Erde wirken, wo Gefahr für die Menschenrechte besteht.

Heiß umstritten war und blieb, ob man die UN-Menschenrechtsdeklaration von 1948 um einen Pflichtenkatalog (duties of men) oder um "Grundrechte der Solidarität" (Recht auf Entwicklung, Frieden, Umweltschutz, gemeinsames Erbe der Menschheit und so weiter) erweitern solle. Befürworter und Gegner fand auch das Projekt, eine umfassende Geschichte der Menschenrechte zu verfassen, während die Empfehlung, die Parlamente intensiver in den Schutz der Menschenrechte einzuschalten, allgemeiner Zustimmung sicher war.

Besonders breiten Raum nahm jedoch die Debatte um Abrüstung und Frieden ein, obwohl auch diese Konferenz sich dabei von der sowjetisch-amerikanischen Kontroverse und Rivalität auf diesem Gebiet nicht ganz freihalten konnte. Forderte ein prominenter Amerikaner Nachrüstung der USA, um so eine kontrollierte Abrüstung sowohl der konventionellen wie atomaren Waffen zu erreichen, so formulierte der US-Senator Randolph: "Der Friede ist der erste und entscheidende Schritt einer jeden Kampagne für die Menschenrechte."

Die vierte Armand-Hammer-Konferenz könnte ein Beitrag in dieser - richtigen - Richtung gewesen sein, wenn nur recht viele der Teilnehmer die Signale und Meinungen, die sie empfangen und gehört haben, an die kompetenten Stellen ihrer jeweiligen Heimatländer weitergeben.  
(-/1.9.1981/vo-he/ca)

+

+

+

Verantwortlich: Willi Carl

